

Von: Thomas Zehetbauer [mailto:thomas.zehetbauer@boerse-express.com]
Gesendet: Freitag, 12. November 2010 16:15
An: post@bmj.gv.at; Mail-User fuer Begutachtungsverfahren
Betreff: Stellungnahme Budgetbegleitgesetz XXIV/233/ME BMJ-Pr350.00/0001-Pr/2010

sehr geehrte damen und herren,

beiliegend übermittle ich die sonderausgabe "wertpapier-kest" als stellungnahme der styria börse-express gmbh zum vorliegenden budgetbegleitgesetz. bitte verlinken sie diese mit der e-mail adresse office@boerse-express.com.

ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass der boerse-express bereits 1882 unterstützungserklärungen gegen die geplante vermögenszuwachssteuer gesammelt hat: <http://www.boerse-express.com/liste>

mit freundlichen grüßen
thomas zehetbauer

--

Thomas Zehetbauer
Styria Börse Express GmbH
Berggasse 7 / 7, A-1090 Wien

BE SPECIAL "GEGEN DIE KEST"
STAND: 5. 11. 2010

BÖRSE EXPRESS

BOERSE-EXPRESS.com

Mittags-News für Finanzprofis.

Nr.2142b/05 11 10

Stichhaltige Argumente gegen eine Steuer, die mehr kostet als bringt Warum die Wertpapier-KESt ein österreichisches Eigentor ist



12 Seiten mit geballten Infos zur geplanten Wertpapier-KESt. Lesen Sie, warum sich BE und Finanzbranche dagegen engagieren.

Mit der geplanten Variante der Wertzuwachsbesteuerung ist Österreich (ohne dies ein Hochsteuerland) „Worst In Class“, siehe Tabelle (Quelle: IV) unten. Kein Wunder, dass sich z.B. Banken, KAGs und Anleger mit Argumenten dagegen weh-

ren. Der Börse Express führt eine öffentliche Gegnerliste mit bereits mehr als 1750 namentlichen Einträgen.

Details zur Liste und rund 50 Expertenstatements finden Sie auf den folgenden Seiten. Updates sehr wahrscheinlich

"Worst In Class" im Vergleich mit den Nachbarstaaten. Muss das sein?

Land	Steuer	Steuersatz	Freibeträge	Sonstiges
Slovakei	Einkommenssteuer	19 %	€ 926 p.a.	
Slovenien	Capital Gains Tax	20 %	€ 1000 p.a.	Steuersatz reduziert sich alle 5 Jahre um 5%-Punkte (d.h. nach 20 Jahren steuerfrei)
Italien	Capital Gains Tax	12,50 %		Für Anteilsbesitz über 5% Besteuerung zum Einkommenssteuertarif
Schweiz	Capital Gains Tax	35 %		Steuer nur auf Dividenden und Zinsen; keine Besteuerung von Wertsteigerungen
Deutschland	Abgeltungssteuer	25 %	€ 801 (€ 1.602 für Paare)	
Tschechien	Einkommenssteuer	16 %		Nach 6 Monaten Behaltefrist sind Wertsteigerungen steuerfrei (bei Anteilsbesitz <5%)
Ungarn	Capital Gains Tax	20 %		Zinsen/ Dividendenzahlung nach 3 Jahren Behaltefrist 10%, nach 5 Jahren steuerfrei
ÖSTERREICH	Capital Gains Tax	25 %		

□ Fortsetzung von Seite 1

Der **Börse Express** lehnt die Einführung einer Wertpapier-KEST strikt ab. Diese „Vermögenszuwachssteuer“ und die Bankensteuer werden dazu führen, dass die Banken - die auch mit Basel III einiges an Aufwand haben - als einzige eine Verwaltungsreform (aber hin zu mehr Verwaltung) machen müssen. Für die Banken entstehen enorme Kosten, die „Krot“ wird der Kunde fressen. Wir haben uns die „Capital Gain“-Besteuerungen im benachbarten Ausland angesehen. Österreich ist „Worst In Class“ und im Ausland wird die Steuer schon belächelt; in Deutschland schmunzelt man auch darüber, dass hochkarätige österreichische Steuer- und Kapitalmarktexperten dazu raten, mit dem Depot ins Ausland zu gehen. Nicht etwa mit dem Motiv der Hinterziehung; nein, es geht um die Besserstellung (mehr dazu in den Statements auf den Folgeseiten).

Wie auch immer: Der BE ist kein Medium, das via „Demonstrieren auf der Ringstrasse“ mobilisieren will. Auch kein (Boulevard)Medium, das zB der Familienbesteuerung einen emotionalen Auftakt-6-Seiter gönnen kann; nein, der BE probiert hier rein sachlich einen Steuerentwurf, der nicht nur **ungerecht** (trifft die Aktiensparer, nicht die Spekulanten), **diskriminierend** (Aktien vs. anderen Anlageformen schlechtergestellt), **einseitig** (Gewinne sofort, Verluste später), sondern vom Steueraufkommen her auch **kein Geschäft für den Fiskus** ist, zu hinterfragen. Im Jahr 2000 war wegen ähnlicher - weit harmloserer - Pläne eine Klage beim Verfassungsgerichtshof erfolgreich.

Ein paar „Highlights“ der Wertpapier-KEST:

- Gegenrechnung von Verlusten nur über die Steuererklärung möglich
- keine Gegenrechnung mit anderen Einkunftsarten, keine Vorträge
- wilde Besteuerung von Fonds

Was nicht passt:

- die Steuer kostet mehr, als sie bringt (dazu Riesenaufwand bei Finanzämtern und Banken) - dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit von Steuern wird nicht Rechnung getragen
- die grossen Spekulanten können sie lok-

Die Liste

Ein NEIN zur WP-KEST im Hochsteuerland Österreich.

Eigenverantwortung in der Vorsorge darf nicht bestraft werden.

Eintragen unter <http://www.boerse-express.com/liste>

Weitersagen/-mailen/neugierig sein: www.boerse-express.com/liste

ker umgehen, der kleine Privatanleger nicht - unsozial. Will man das wirklich?

- die Aktie als Vorsorgeinstrument gehört gefördert, nicht besteuert (selbst bei langen Fristen fällt die Steuer an)
- Gewinne automatisch, Verluste via Finanzamt (Kredit an den Staat)
- die Finanz kennt die G&V der Kleinanleger, aber wohl auch die Bilanzsumme - > Verbote Vermögenssteuer, gläserner Bürger
- die ATX-Konzerne würden zunehmend in internationale Hände fallen, weil das Kaufvolumen der Österreicher zurückgehen wird. Will man das?
- letztendlich: Wo sind die Budget-Einsparungen auf der Ausgabenseite (Verwaltungsreform)? Wie sagte etwa WKO-Präsident Christoph Leitl zum gesamten Steuerpaket?: „Ich lehne jede einzelne Steuer aus dem soeben geschnürten Budgetpaket ab. Wir müssen erneuern statt besteuern“. Auf der „Öffentlichen Namensliste gegen die Vermögenszuwachssteuer“ gibt es bereits mehr als 1750 Einträge. Bitte weitersagen, dann werden es noch etliche mehr.

□ Liste: <http://www.boerse-express.com/liste>

□ Veranstaltung: Im Rahmen der „Geldanlage 2011“-Roadshow am 15.11. in Wien wird IV-Steuerexperte Markus Fichtinger über den aktuellen Stand informieren. Eintritt frei: Anmeldungen unter <http://www.boerse-express.com/roadshow>

□ Tipp: Aktuelles findet man stets unter <http://www.boerse-express.com/cat/clippings/index/Wertpapier-KEST>

□ Argumente: Experten-Statements sowie die Auswertung der BE 100-Fragen zum Thema (<http://www.boerse-express.com/be100> sind 100 Finanzexperten, die monatlich aktuelle Fragen vom BE zur Beantwortung bekommen - politisch sind die BE 100 bunt durchmischt) auf den folgenden Seiten. Als Bonmot der Schlusspunkt eines Privatanlegers, der keinen Neid will, weil er nicht zu beneiden ist

Autor: Christian Drastil,
Herausgeber Börse Express

8. -11. November in
ganz Österreich

CHARTTECHNIK.

Die Kunst des erfolgreichen Tradens.

Entdecken Sie mit unserer kostenlosen Veranstaltungsreihe ein wichtiges Instrument, wie Sie erfolgreich an der Börse agieren können. Unsere Profis geben Ihnen einen Überblick, wie Sie Trendlinien, Kerzen und Co. richtig interpretieren und mit Hilfe von Charts die optimalen Einstiegs- und Ausstiegssignale erkennen können.

- **Optimale Auswahl von Hebelprodukten durch Charttechnik**
- **Börsentrends frühzeitig erkennen und handeln**
- **Risikoreduzierung - wie werden Stoppkurse sinnvoll platziert?**



Ingmar Königshofen
Macquarie Oppenheim



Stefan Schulze
Scoach Europa AG



Farshid Tremel
Charttechnik Experte

Termine und kostenlose Anmeldung:
www.brokerjet.com/charttechnik



BE100-Umfrage - Mehrheit lehnt Wertpapier-KESt ab, Vorziehkäufe geplant „Schlimm bis sehr schlimm“ für die Börse



Regierungsduo Josef Pröll und Werner Faymann stößt mit angekündigtem Budgetwurf auf mehrfache Kritik

Die Mehrheit des BE-Expertenforums hat kein Verständnis für die Aktien-Steuerpläne der Bundesregierung. Auf die Frage, wie die Auswirkungen der neuen Wertpapier-KESt für den österreichischen Kapitalmarkt eingeschätzt werden, antworten 52% der BE100 mit „schlimm bis sehr schlimm“. 38% bezeichnen die Steueridee als „geringeres Übel“, eine Börsenumsatz- oder Substanzsteuer wäre schlimmer gewesen. Und lediglich 10% halten die Wertpapier-KESt für eine „vertretbare Änderung“ und sehen darin einen Trend „in Richtung gerechter Besteuerung.“

„Gerade in einem kleinen Land wie Österreich mit einer schwach ausgeprägten Aktienkultur ist das eine schwere Belastung. Österreich ist ein Profiteur der Ostexpansion, die Finanzierung von weiteren Projekten erfordert viel Eigenkapital. Die Aufbringung wird nun deutlich erschwert“, sagt Günther Artner, Co-Head CEE Equity Research der Erste Group.

Daniel Folan, IR-Verantwortlicher der Warimpex, meint: „Das kurzfristige Spekulieren mit Aktien ist durch diese Gesetzesänderung deutlich günstiger geworden. Eine langfristige Investition in ein Unternehmen deutlich teuer. Ich denke, die

Wertpapier-KESt ist daher eine Themenverfehlung.“

Wolfgang Matejka von Matejka & Partner findet noch deutlichere Worte: „Aktienbesitz wird noch mehr als bisher stigmatisiert. Es sollte doch jedem frei stehen, mit seinem versteuerten Geld zu machen was er will. Und Aktien sind nun einmal Risikokapital, für das es neben einer unsicheren Dividende, die ohnehin versteuert wird (auch das ist ja bereits eine Doppelbesteuerung)

nur die Hoffnung auf eine Wertsteigerung in Form von Kurszuwächsen gibt. Die wirtschaftliche Funktion dieser freiwilligen Finanzierung von gerade jenen Unternehmen, denen die Banken derzeit weniger Geld zur Verfügung stellen ist doch aus ökonomischer Sicht im Gegenteil zu belohnen! Der Staat traut sich diese Investments nicht, aber die Institutionellen und die Privaten sollen und wer-

den sogar noch dafür besteuert. Zynisch und arrogant.“

Alois Wögerbauer von der 3Banken Generali KAG: „Eine höhere Besteuerung an sich kann man sicher diskutieren und muss man auch akzeptieren. Das wahre Enttäuschende ist allerdings die Art der Durchführung. Komplizierter und umständlicher geht es kaum. Alle Unternehmen sind laufend beschäftigt, ihre internen Prozesse zu straffen, um effizient zu sein. Die Durchführung der neuen Steuer – so sie so kommt – bewirkt das Gegenteil. Insgesamt ist daher der gesamte ökonomische Sinn zu hinterfragen.“

Und Andreas Wöfl von Minerva Investments sieht in der Wertpapier-KESt eine reine Mittelstandsteuer.

„Schlimm für den Mittelstand, aber die Umsätze an der Wiener Börse werden hauptsächlich von institutionellen Anlegern gemacht. Die Auswirkungen der Wertpapier-KESt auf die Börsenumsätze werden sich daher in Grenzen halten.“

„Aktienbesitz wird noch mehr als bisher stigmatisiert“

Wolfgang Matejka, Matejka & Partner

„Das wahre Enttäuschende ist die Art der Durchführung. Komplizierter und umständlicher geht es kaum“

Alois Wögerbauer, 3Banken Generali KAG

► Fortsetzung auf Seite 5

► Fortsetzung von Seite 4

48% der BE100 planen, noch heuer Wertpapierkäufe vorzuziehen, so die neue Steuer per Anfang 2011 in Kraft tritt. 14% überlegen einen Depotwechsel ins Ausland, um damit selbst steuerlich deklarieren zu können. Und 38% erwarten, dass die Wertpapier-KEST keinen Einfluss auf ihr Anlageverhalten haben wird.

„Nach den bisherigen Erfahrungen mit Umstellungen im KEST-System sind Anleger vermutlich gut beraten, das Depot im Ausland zu führen. Verluste können ohnehin nur im Veranlagungsweg berücksichtigt werden, und beim Auslandsdepot ist man zumindest dem KEST-Abzug nicht wehrlos ausgeliefert. Auch in der Vergangenheit kam es vor allem in Übergangszeiträumen immer wieder zu einer Überbesteuerung der Anleger. Auch die weitreichenden Änderungen bei der Fondsbesteuerung lassen aus heutiger Sicht ein Depot im Ausland vorteilhaft erscheinen“, sagt Thomas Wilhelm, Partner bei Ernst & Young.

Ein weiteres BE100-Mitglied kommentiert: „Die Ignoranten, welche dieses Gesetz einführen, mögen vielleicht in den Grundzügen Marx und Engels verstehen, von Realwirtschaft haben sie jedoch keine Ahnung. Von der SPÖ ist nichts anderes zu erwarten (Neidgesellschaft), eine Zustimmung der ÖVP ist im Sinne von Marktwirtschaft eine enorme Enttäuschung.“

Dringendste Änderungen

Das Gesetz ist ja noch in der Begutachtungsphase, heisst das letzte Wort ist nicht gesprochen. 38% der BE100 würden sich wünschen, dass eine automatische Gegenrechnung von Gewinnen und Verlusten auf Kontoebene (durch die Bank, keine Eigenveranlagung notwendig) berücksichtigt wird. 33% wünschen sich, dass langfristige Investments, vor allem mit Blick auf die Pensionsvorsorge, begünstigt wird. Und 29% üben sich in vollem Zweckoptimismus und



Die Hoffnung etlicher Marktteilnehmer ruht auf dem VfGH

sagen: „Das Gesetz gehört komplett weg.“

Steuerexperte Thomas Wilhelm: „Der vorliegende Gesetzesentwurf ist vor allem deshalb abzulehnen, weil eine Umsetzung de facto das Ende der KEST-Endbesteuerung in Österreich bedeuten würde. Gewinne würden per KEST-Abzug besteuert, während Verluste, die über einen mehrjährigen

Zeitraum zwangsläufig anfallen, nur im Veranlagungsweg berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist weder ein Verlustvor- noch ein -rücktrag möglich und auch die Verrechnung innerhalb des Portfolios ist nur sehr eingeschränkt

möglich.“ Abgesehen davon sei dem langfristig orientierten Anleger wohl nur schwer zu erklären, dass kurzfristige Spekulation durch die Reduzierung des Steuerersatzes von aktuell bis zu 50% auf nunmehr 25% begünstigt wird, während die langfristige Pensionsvorsorge oder auch Tilgungsträgermodelle von erheblichen Mehrbelastungen bedroht sind. „Ich persönlich bin jedenfalls der Ansicht, dass sowohl die Art als auch die erheblichen zeitlichen und sachlichen Einschränkungen der Verlustverrechnung einer Prüfung durch den VfGH nicht standhalten würden. Im

Ergebnis werden gewiefte Anleger die Steuerbelastung wieder optimieren, während der kleine Anleger den Grossteil des Steueraufkommens finanziert“, so Wilhelm.

Andreas Wöfl von Minerva hat einen anderen Vorschlag: „Eine Kursgewinnsteuer von 25% in den ersten drei Jahren und 12,5% in den Jahren vier bis sieben sowie Steuerfreiheit ab dem 8. Behaltejahr wäre nachvollziehbar. Auch ein Inflationsausgleich (also der Einstandspreis wird mit der Inflationsrate nach oben angepasst) wäre für langfristige Investments ein Anreiz und obendrein deutlich fairer, da dann nur reale Gewinne versteuert würden.“

Erste Group Analyst Günther Artner plädiert für die automatische Gegenverrechnung von Gewinnen und Verlusten: „Wenn nicht zumindest das kommt, sind die Steuerberater die einzigen Gewinner der Steuerreform.“ Und ein weiterer BE100-Experte kommentiert: „Aufgrund der potenziell langen Behaltefrist kommt es bei entsprechenden Veranlagungszeiträumen zur Besteuerung von inflatorischen Scheingewinnen

(und geldpolitischen Fehlanreizen – je höher die Inflation, desto höher das Steueraufkommen). Daher ist das Gesetz so zu ändern, dass entweder die Spekulationsfrist auf drei bis fünf Jahre begrenzt wird (innerhalb dieser Zeitspanne fällt die Inflation wenig ins Gewicht) oder ausnahmsweise vom Nominalwertprinzip der Besteuerung abgegangen wird. Wenn beides politisch nicht geht, gehört das Gesetzesvorhaben gestrichen.

Das Gesetz so zu ändern, dass entweder die Spekulationsfrist auf drei bis fünf Jahre begrenzt wird (innerhalb dieser Zeitspanne fällt die Inflation wenig ins Gewicht) oder ausnahmsweise vom Nominalwertprinzip der Besteuerung abgegangen wird. Wenn beides politisch nicht geht, gehört das Gesetzesvorhaben gestrichen.

Sparvorschläge der BE100 auf Folgeseite

„Nach den bisherigen Erfahrungen mit Umstellungen im KEST-System sind Anleger vermutlich gut beraten, das Depot im Ausland zu führen“

Thomas Wilhelm, Ernst & Young

„Wenn keine Gegenrechnung kommt, sind die Steuerberater die einzigen Gewinner“

Günther Artner, Erste Group Research

Wie die BE100-Experten das Budget sanieren würden

Sparen, Politiker-Klagen und andere Ideen



Wir fragten die BE100 um ihre Vorschläge zur Budgetsanierung: „Das erwartete Aufkommen aus der Wertpapier-KEST von rund 250 Millionen Euro für das Jahr 2014 ist umstritten. Wenn die Steuer noch kippt, wie soll dieser Betrag Ihrer Meinung nach anders im Budget hereingespielt werden?“ Im folgenden ein Ausschnitt der Antworten:

„Baustopp Koralmtunnel bringt einige Milliarden.“

„Ich würde eine weitere Belastung von Benzin über Mineralölsteuern bzw. eine Ausweitung des Mautsystems auf PKW als die ökologisch wertvollste Lenkungsmaßnahme sehen.“ (Günther Artner)

„Verwaltungsreform, Spitalsreform, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch Steuer- und Investitionsanreize (!!!!!) ankurbeln, der Rest kommt von allein.“ (Wolfgang Matejka)

„Erstens wird die neue Steuer - vor allem nach der gebotenen Änderung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten - meines Erachtens nie das kolportierte Aufkommen erreichen. Und sofern der fraglos erhebliche Umstellungsaufwand seitens der Banken tatsächlich aus Steuergeldern vergütet werden sollte, führt sich die Einführung endgültig ad absurdum. Meines Erachtens wäre z. B. eine Finanztrans-

aktionssteuer noch immer eine anlegerfreundlichere Lösung und zudem übersteigt das Einsparungspotenzial einer echten Strukturreform (z. B. Föderalismusreform) das Aufkommen jeder neuen Steuer bekanntlich bei weitem.“ (Thomas Wilhelm)

„Durchforstung des Warenkorbes im Hinblick auf Items, für die der begünstigte MSt-Satz (ungerechtfertigterweise) zur Anwendung kommt. Plakatives Beispiel: Übernachtungen in 5*-Hotels sind steuerbegünstigt, zählen aber wohl kaum zum Grundbedarf. Aufgrund eines gewachsenen Ausnahmenschungels fehlt es der MSt-Begünstigung inzwischen eklatant an sozialer Treffsicherheit.“

„Keine Erhöhung der Beamtenbezüge“

„Durch Haftungsklagen gegen Politiker: Androhung von Haftstrafen und Zugriff auf ihr persönliches Vermögen im Falle von politischer Misswirtschaft (analog zu Managern aus der Privatwirtschaft).“

„Sparen!“

„Wenn sich unsere Regierung nur trauen würde, dann gäbe es genug Einsparungsmöglichkeiten, die ein Vielfaches einbringen. Stichwort Struktur- und Verwaltungsreform, Reform der Sozialversicherungen, Stopp des Spitälerwildwuchses.“

„Sparen in der Verwaltung, bei den Pensionen und im Gesundheitswesen würde ein Vielfaches bewirken. Meines Erachtens sind die Bundesländer abzuschaffen, da diese jede sinnvolle Reform im Keim erstickten, um die eigenen Pfründe zu sichern!“

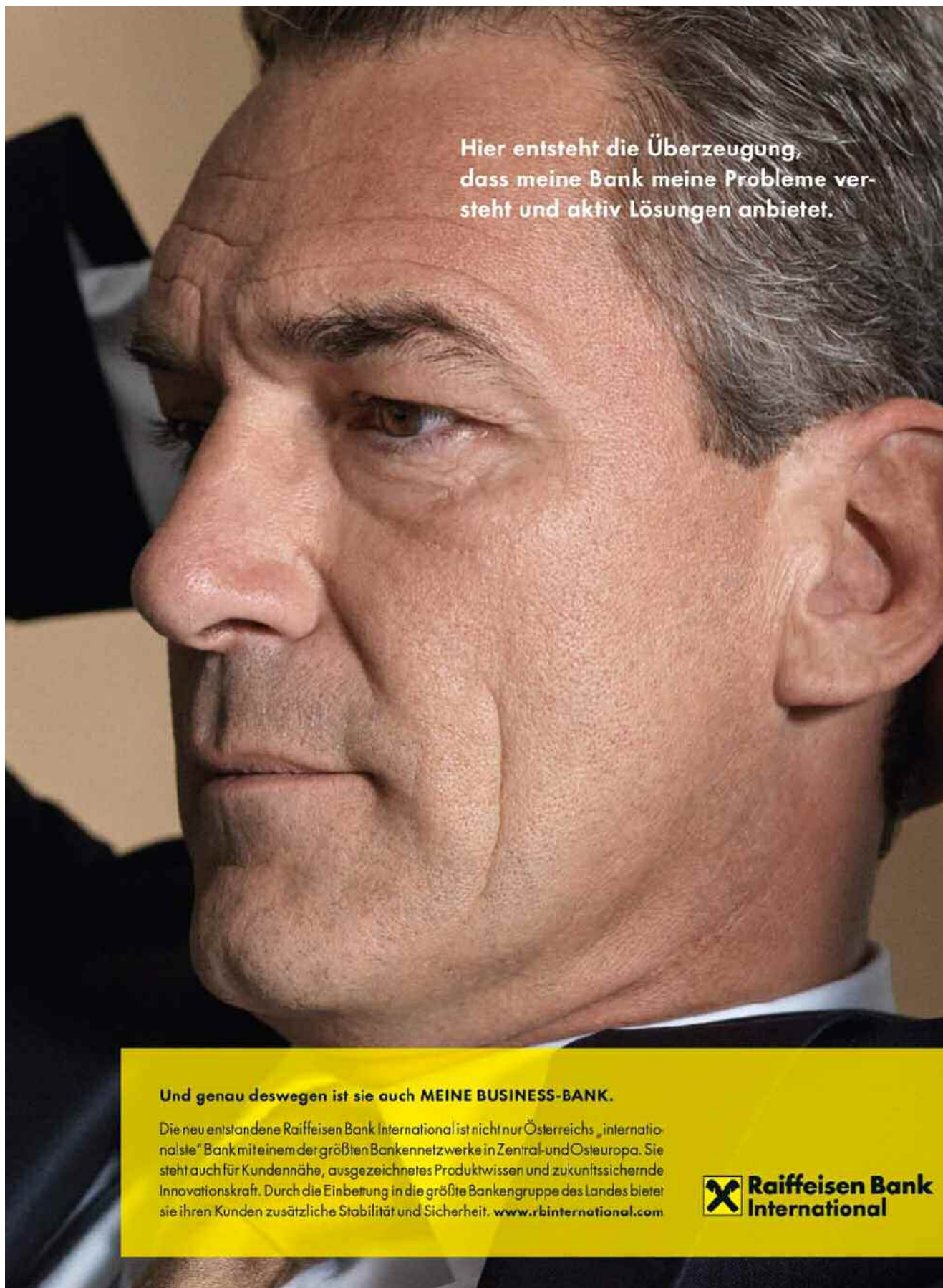
„Eine Verlängerung der Spekulationsfrist mit degressivem Steuersatz nach Behaltfrist (also z. B. 25% Steuer bei kurz- bzw. mittelfristigen Investments mit Steuerfreiheit nach 7 Jahren Behaltfrist) würde kaum Auswirkungen im Budget haben, den Anreiz, Beteiligungskapital zur Verfügung zu stellen, allerdings aufrechterhalten.“

„Eine Transaktionssteuer - z. B. ein oder zwei Basispunkte auf jeden Trade, egal ob Aktien, Anleihe, Devisen oder was auch immer - wäre eine einfache, faire und transparente Lösung, die viel Geld bringen würde.“

„Wenn man endlich nur einen Teil der unbedingt notwendigen Strukturreformen anginge (z. B. Förderungen, Reduktion Proporz, Einsparungen Gesundheitswesen, Abschaffung/Zusammenlegung der Landtage und des Bundesrats etc.), wäre Österreich bald vom Rating ein AAAAA-Land!“

„Verwaltungsreform - Stichwort Konklave“

Details zu den BE100 und zu früheren Umfragen finden Sie unter <http://www.boerse-express.com/be100>



Hier entsteht die Überzeugung,
dass meine Bank meine Probleme ver-
steht und aktiv Lösungen anbietet.

Und genau deswegen ist sie auch MEINE BUSINESS-BANK.

Die neu entstandene Raiffeisen Bank International ist nicht nur Österreichs „internatio-
nalste“ Bank mit einem der größten Banknetzwerke in Zentral- und Osteuropa. Sie
steht auch für Kundennähe, ausgezeichnetes Produktwissen und zukunftsichernde
Innovationskraft. Durch die Einbettung in die größte Bankengruppe des Landes bietet
sie ihren Kunden zusätzliche Stabilität und Sicherheit. www.rbinternational.com



Die Kapitalertragsteuer würde in dieser Form vor allem die Kleinanleger treffen „Ein Wahnsinn und verfassungswidrig“



„Privatvorsorge zum Schliessen der Pensionslücke sollte nicht erschwert werden.“ (Manfred Stagl, Volksbank Invest KAG)

Auch ausserhalb des BE100-Kreises gab es massenweise (sachliche) Kritik am Wertpapier-KEST-Projekt.

Zum Thema Fonds:

„Wenn man das System schon so grundlegend umstellt wie jetzt, hätte man sich einerseits stärker an der Anfang 2009 in Deutschland eingeführten Abgeltungssteuer orientieren sollen und ausserdem besser nur auf Ebene des Fondsanteilsinhabers, statt wie jetzt geplant fondsintern und extern zu besteuern“, sagt Dieter Habersack, Vorstandssprecher der Vereinigung ausländischer Investmentfondsgesellschaften in Österreich (VAIO) und Partner bei PricewaterhouseCoopers (PwC) im Financial Services-Bereich.

Den Passus, wonach Wertpapier-Kursgewinne immer steuerpflichtig sein sollen, Verluste aber nur in einem Jahr geltend gemacht werden können, hält der PwC-Experte sogar für möglicherweise verfassungswidrig. Dass Derivate künftig mit Aktien in einen Topf geworfen und ebenfalls als Forderungswertpapiere betrachtet werden sollen, sei „bedenklich“. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum Indezertifikate den Derivaten zugeordnet würden. „Das passt nicht“.

Für die heimischen Investmentfonds-Anbieter ist die neue Kursgewinn-Be-steuerung bei Wertpapieren in admini-strativer Hinsicht „ein Wahnsinn“.

Die zweistufige Versteuerung in und ausserhalb der Fonds sei „absolut nicht durchdacht“, sagt Raiffeisen-KAG-Geschäftsführer Mathias Bauer: „Wir brauchen womöglich

mehr Leute für die Steuer als für das Fondsmanagement.“

Die Banken, die ohnedies bereitis Ban-kensteuer und Basel III (neben internen IT-Projekten) abzuwickeln haben, sind deklarierte Gegner der „Wertpapier-KEST“: „Wir sind nicht der verlängerte Arm des Finanzamts. Das wird es nicht spielen“, wettete Oberbank-Boss Franz Gasselsberger im WirtschaftsBlatt gegen die Pläne der Regierung. Vor allem die dafür notwendigen Investitionen sorgen für Verbit-terung: „Den Banken entstehen dadurch

hohe Investitionskosten, die der Staat voll abgelten muss“, sagt Herbert Pichler von der WKÖ-Sparte Bank und Versicherung. Er weist dabei auf eine Klage der Banken, die beim Verfassungsgerichtshof im Jahr 2000 erfolgreich war.

Wilhelm Rasinger vom IVA fordert wie viele andere, dass die Kapitalzuwachsbe-steuerung – nicht immer zutreffend auch Spekulationssteuer genannt – zeitlich befristet sein soll. Ein Aktionär, der mehr als drei bis fünf Jahre eine Aktie hält, sei kein Spekulant.

Fremdwährungskredite

Der Verein Fairer Kapitalmarkt (FAIR) geht einen recht emotionalen Punkt an: Bestehende Fremdwährungskredite mit Tilgungsträgern müssten von der geplanten unbefristeten Wertpapier-KEST ausgenommen werden.

Wenn Gewinne von Tilgungsträgern zusätzlich versteuert werden, können in

vielen Fällen Kredite nicht zur Gänze getilgt werden, so der Experte.

„Verantwortungsbewusste Personen werden bestraft.“

RZB-Chefanalyst Peter Brezinschek

„Mit Vernunft und Logik kommt man bei diesem Thema derzeit wenig weiter. Hoffen darf man natürlich trotzdem.“

Alexander Proschofsky

➤ Fortsetzung auf Seite 9



Einsame Hoffnung: Aus der „Wertpapier-KEST“ will die Regierung fürs erste Jahr 2011 gerade 30 Mio. Euro lukrieren.

Dass ein Teil der Rückzahlung statt an die Bank ins Budget fließt, stelle „einen klaren Eingriff in bestehende Verträge“ dar, kritisierte FAIR-Vorstand Gerald Schulze schon am Donnerstag in einer Aussendung.

RZB-Chefanalyst Peter Brezinschek: „Jene Personen des breiten Mittelstands, die ermutigt wurden, die private Säule der Pensionsvorsorge ernstzunehmen, kommen am Instrument Aktien (oder indirekt über Investmentzertifikate) nicht vorbei. Es werden jedoch alle diese verantwortungsbewussten Personen bestraft, die dem staatlichen Pensionssystem in Hinkunft weniger Kosten bereiten, als jene, die ihr gesamtes Einkommen sogleich konsumieren und nicht vorsorgen.“ Wenn eine Vermögenszuwachsbesteuerung, die insge-

samt schon problematisch sei, halbwegs gerecht sein will, dann müsse sie ausnahmslos alle Vermögenskategorien beinhalten. Es wäre wegen volkswirtschaftlicher Kosten der Infrastruktur und der Knappheit eine Besteuerung von Immobilien viel mehr gerechtfertigt, so Brezinschek.

Bei Aktien werde dagegen Risikokapital zur Verfügung gestellt, das Unternehmen für ihr Wachstum benötigen, aber auch zur Gänze verlorengehen kann. Das Risiko trage zu 100 Prozent der Eigentümer. Kapitalmarkt-Experte Alexander Proschofsky: „Die Steuer wird vor allem die Kleinanleger treffen, für die kreative Umgehungen nicht wirtschaftlich sind oder denen das entsprechende Know-How fehlt. Leider wohl kaum der Sinn der Veran-

staltung, aber mit Vernunft und Logik kommt man bei diesem Thema derzeit wenig weiter. Hoffen darf man natürlich trotzdem.“

Abschliessend ein Bonmot von der Börse Online-Journalistin Brigitte Watermann, die das (bessere und in der Praxis einfachere) deutsche Modell einer Erfolgsbilanz unterzieht: „Zwar gilt bereits seit Jahresanfang 2009 eine 25-prozentige Abgeltungssteuer auf die allermeisten Kapitalanlagen, aber die Finanzamtscomputer sind offenbar erst jetzt so richtig in der Lage, die Anlage-KAP, in die Erträge aus Zinsen, Dividenden und Kursgewinne eingetragen werden müssen, richtig zu bearbeiten. Angeblich warten hunderttausende von Anlegern auf die Bearbeitung ihrer Unterlagen.“

IMPRESSUM BÖRSE EXPRESS
Medieneigentümer:
Styria Börse Express GmbH
1090 Wien, Berggasse 7/7

Herausgeber:
Christian Drastil (dra)
christian.drastil@boerse-express.com
Tel.: ++43 1 236 53 13-0

Bezug: Diverse Aboformen unter
www.boerse-express.com/abo
Alle Abos laufen automatisch aus.
Gerichtsstand ist Wien.

Hinweis: Für die Richtigkeit der Inhalte kann keine Haftung übernommen werden. Die gemachten Angaben dienen zu Informationszwecken und sind keine Aufforderung zum

Kauf/Verkauf von Aktien. Das gilt vor allem für das Trading-Depot. Der Börse Express ist ausschliesslich für den persönlichen Gebrauch bestimmt, jede Weiterleitung verstößt gegen das Copyright. Nachdruck: Nur nach schriftlicher Genehmigung.

Vollständiges Impressum:
www.boerse-express.com/impressum

Seitwärts

entwickelnde Märkte können auch zu Mehrwert führen. Mit einem sicheren Zinskupon liegen Sie über dem Marktniveau und mit Ihrem Portfolio geht es

aufwärts.



Aktienanleihen von Vontobel

Abonnieren Sie Ihren persönlichen «Aktienanleihen Weekly» Newsletter

Per E-Mail an zertifikate@vontobel.de oder www.vontobel-zertifikate.de/Services

CLASSIC Aktienanleihen auf deutsche Aktien

Kupon p.a.	Basiswert	WKN	Bezugsverhältnis	Basispreis	Bewertungstag	Preis*
8,57%	Allianz SE	VT0R7Y	12,1951	82,00 EUR	16.12.2011	100,76%
8,70%	Bilfinger Berger AG	VT0U38	20,0000	50,00 EUR	16.12.2011	96,98%
11,31%	Deutsche Bank AG	VT0UUB	25,0000	40,00 EUR	16.09.2011	97,74%
11,47%	Deutsche Börse AG	VT0UUG	20,8333	48,00 EUR	16.09.2011	98,60%
11,00%	E.ON AG	VT0UUY	47,6191	21,00 EUR	16.09.2011	100,98%
12,85%	Klöckner & Co SE	VT0U2B	66,6667	15,00 EUR	17.06.2011	99,14%
9,78%	Volkswagen AG	VT0X85	10,4167	96,00 EUR	16.12.2011	99,44%

CLASSIC Aktienanleihen auf europäische Aktien

Kupon p.a.	Basiswert	WKN	Bezugsverhältnis	Basispreis	Bewertungstag	Preis*
11,47%	Alstom SA	VT0UPG	27,7778	36,00 EUR	17.06.2011	100,06%
10,16%	L'Oréal SA	VT0UXR	12,1951	82,00 EUR	16.09.2011	99,86%
7,41%	Telefonica SA	VT0UYE	58,8235	17,00 EUR	16.09.2011	99,62%

*Stand am 02.11.2010

Bitte beachten Sie, dass diese Produkte keinen Kapitalschutz bieten.

Informieren Sie sich jetzt auf www.vontobel-zertifikate.de oder Telefon +49 (0)69 297 208 11

Allein maßgeblich sind die jeweiligen Wertpapierprospekte, die beim Emittenten, Vontobel Financial Products GmbH, Kaiserstraße 6, 60311 Frankfurt am Main kostenlos erhältlich bzw. im Internet unter www.vontobel-zertifikate.de zum Download verfügbar sind. Anleger werden gebeten, die bestehenden Verkaufsbeschränkungen zu beachten.

Nähere Informationen über Bank Vontobel Europe AG, Niederlassung Frankfurt am Main, Kaiserstraße 6, 60311 Frankfurt am Main, Telefon +49 (0)69 297 208 11



Private Banking
Investment Banking
Asset Management

Leistung schafft Vertrauen

Stimmen Sie für uns. Mitmachen lohnt sich!



www.zertifikateaward.de

BELOG VON BE24.AT



VON
**OTTO
NORMALINVESTOR ***

Es war einmal eine Zeit, ...

da wurden Aktiengesellschaften, Aktionäre, Eigenkapitalzufuhr, Aktienhandel, Börse als unentbehrlich für die Wirtschaft angesehen. In den Achtzigern des vorigen Jahrhunderts, so kann ich mich erinnern, wurde in österreichischen Bundeshandelsakademien unterrichtet, dass die Aktionäre ihren Unternehmen Geld zur Verfügung stellen, damit diese Investitionen finanzieren und Arbeitsplätze schaffen können.

Monströse Milliardengräber

Regierungen jener Tage wussten sehr wohl, dass es Privatwirtschaft geben muss: Staatsbetriebe alleine können nicht für eine gesunde Wirtschaft garantieren. Im Gegenteil, die Firmen ohne kontrollierenden Eigentümer, die Firmen in Händen des Staates und der Länder waren durchwegs Selbstbedienungsläden, teils monströse und nachhaltige Milliardengräber. AMAG, voestalpine und OMV, um nur die wichtigsten zu nennen.

Es gab damals noch weniger (!) Aktionäre in Österreich als heute. Bausparen, Prämiensparen und Lebensversicherungseinmalergläge waren die Renner, allesamt saftig staatlich gefördert. Auch auf dem ganz normalen Sparbuch bekam man weit höhere Zinsen als heute. Wer Anleihen im Depot hatte, womöglich nicht einmal Bundesanleihen, sondern Anleihen von Energieversorgern u. ä., der galt schon als Zocker.

Die Regierungen jener Tage wollten die Mittelbetriebe durch Eigenkapitalzufuhr stärken, die das Rückgrat der Wirtschaft bildete. Um Kapitalerhöhungen den notwendigen Erfolg zu verschaffen, durften Zeichner von Aktien produzierender Gesellschaften (also nicht Ban-



ken und Versicherungen) den Zeichnungsbetrag (nicht aber eventuell zugekaufte Bezugsrechte) sogar von der Einkommens- bzw. Lohnsteuerbemessungsgrundlage als Sonderausgaben in Abzug bringen, und zwar voll, ohne Viertelung wie heute. Die Dividenden während der steuerlichen Mindestbehalterfrist von 10 Jahren waren steuerfrei.

Mein erstes selbstverdientes Geld habe ich damals der Sektkellerei Schlumberger zur Verfügung gestellt, die damit dringend notwendige Investitionen durchführen konnte. Hätten damals nicht Tausende Aktionäre Aktien von Schlumberger gezeichnet, wer weiss, ob es diese Firma heute noch geben würde? Aus dieser Zeit stammen auch die vielen Publikumsaktionäre von Schlumberger. Heute gelten sie als Kleinaktionäre, damals haben sie wirklich viel Geld aufgestellt.

Aus den zwei Monatsgehältern, die ich damals in die Firma gesteckt habe, ist ein Depotwert geworden, der heute ein halbes Monatsgehalt darstellt. Die meisten Schlumberger-Aktionäre sind 20 Jahre später noch satt im Minus. Aber sie sind stolz darauf, Schlumberger-Aktionäre zu sein. Das ist „ihre“ Firma, sie haben diese Firma mit aufgebaut! Die Regierung hat in den Folgejahren

Investoren gebraucht, um Geld in die Kassen zu bekommen und das unternehmerische Risiko mit privaten Risikokapitalgebern zu teilen. Erfolgsgeschichten für Aktionäre waren Austria Tabak, voestalpine, OMV und Verbund. Das hat damals aber keiner wissen können, dass diese Firmen unter teils privaten Eigentümern so viel besser wirtschaften als in rein staatlichem Eigentum.

Die Zeitschrift „Die Ganze Woche“ hat damals vor der „Omama-Aktie“ gewarnt: Der Staat wolle den Omamas ihr Geld aus der Tasche ziehen, auf dem Sparbuch bekämen sie aber höhere Erträge als von ihren Verbund-Aktien.

Freilich, Austrian Airlines waren bekanntlich ein Fiasko für die privaten Aktionäre. Später kam die Aktie der Telekom Austria, sie notiert nur unwesentlich über ihrem IPO-Preis.

Rückblick auf echte Pleiten

Richtig d'raufzahlen konnten Aktionäre aber, wenn sie sich an den damals unzähligen wirklich privaten Aktiengesellschaften an der Wiener Börse beteiligten. Maculan, Magindag, Tagger Futtermittel waren totale Pleiten, für IGM Robotersysteme und Ankerbrot hat es nach mehr als 99% Verlust noch einen Euro Abfindung gegeben. Mehr als 99% konnte man auch mit der Maschinenfabrik Heid verlieren. Mit TAG Textil, Eger Invest u. ä. verlor man schnell mehr als 50%, und mit etwa 50% Verlust wurden auch Jenbacher, Universale und Bauholding abgelöst.

Am Neuen Markt konnte ich mangels Liquidität nicht teilnehmen, ich habe noch an den horrenden Verlusten aus den Neunzigern „gekiefelt“.

➤ **Fortsetzung auf Seite 12**

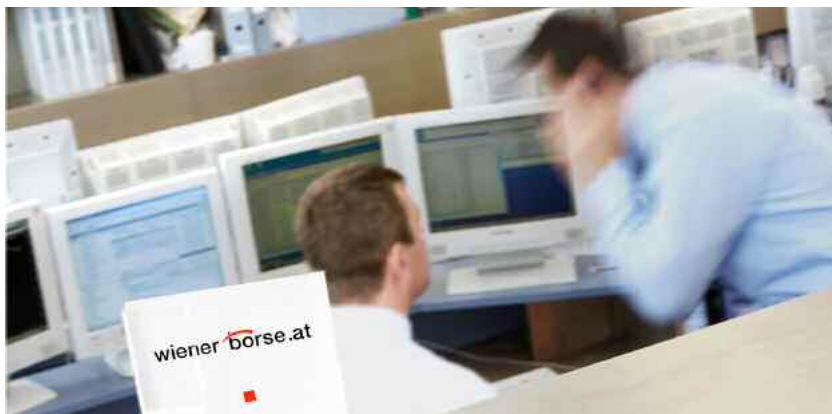
BELOG VON BE24.AT

In jüngerer Zeit musste ich sehr viel Geld abschreiben, das ich in JoWood und webfreetv investiert hatte. Mit dem einst seriösen Namen „Meinl“ konnte man den österreichischen Kleinanlegern auch noch Geld aus der Tasche ziehen, ich war bei MEL und MAI dabei. Und weit und breit keine FMA, die sich um den Schutz der Kleinanleger kümmert; sie konnten Strafbescheide lange Zeit nicht einmal zustellen.

Jetzt beschimpfen sie UNS!

Ja, mit wenigen richtigen Aktien (voestalpine, OMV, Verbund) hätte man reich werden können, wenn man gewusst hätte, dass diese viele Jahre später viel höher stehen werden als beim Börsegang. Auch der Staat hat nicht gewusst, dass diese Firmen viel mehr können, wenn sie am Kapitalmarkt bestehen müssen, sonst hätte er sie ja nicht zu Preisen privatisiert, die weit unter den heutigen Werten liegen. Aber wer hat diese glückliche Hand, nur Perlen in sein Depot zu nehmen, keine Niete? Der Normalinvestor nicht. Der Normalinvestor ist bei den meisten Pleiten dabei. Der Normalinvestor macht in Jahrzehnten keine Gewinne, und ich kann ein Lied davon singen, nach mehreren Markteinbrüchen, und nach einigen Betrügereien, die ich erlebt habe. Der Aktionär handelt auf eigenes Risiko, ausschliesslich auf eigenes Risiko, Vater Staat garantiert exakt für gar nichts.

Aber das Ärgste: Nach all dem, was ich an der Börse schon mitgemacht habe, kriechen jetzt plötzlich Politiker und Zeitungsschreiber aus ihren Löchern und beschimpfen UNS, die Privataktionäre, die ihr im Schweisse ihres Angesichts verdientes Geld zur Stärkung der Eigenkapitalbasis unserer Wirtschaft zur Verfügung gestellt (und grossteils verloren) haben, anstatt dieses Geld fern der Heimat auf teuren Urlaubsreisen



auszugeben, allen Ernstes als „Spekulanten“, „Vermögende“, „Verursacher der Krise“, die es jetzt gerechterweise treffen würde.

Ich habe genau zugehört, was Schieder, Faymann und Cap über mich gesagt haben, auch Pröll hat seinen Vertrauensvorschuss verspielt. Wenn Herr Schieder zum Beispiel meint, Firmen könnten ohne weiteres mit 20% Eigenkapitalquote auskommen, dann bezeichne ich Herrn Schieder als den Verursacher der nächsten Krise und Pleitewelle, die diesmal regional beschränkt bleiben wird, die fast ausschliesslich österreichische Firmen treffen wird.

Ich, der Aktionär, werde nicht länger den Deppen der Nation spielen, alles Risiko auf mich nehmen, nie Hilfe vom Staat erwarten. Ihr werdet sehen, wie viele Firmen pleite gehen werden, weil der Staat sie nicht alle auffangen kann, auch nicht mit neuen Steuern, die privaten Risikokapitalgeber werden in Österreich fehlen. Wenn der letzte Aktionär zum Bausparer oder Wohnbauleihensparer geworden ist, wohl erst dann werdet Ihr die Aktionäre vermissen. In 5 - 10 Jahren werdet Ihr uns Aktionäre nicht mehr als „Spekulanten und Verursacher der Krise“ beschimpfen! Ach ja, hättet Ihr wirklich die „Spekulanten“ eindämmen wollen, dann hättet Ihr vielleicht die Spekulationsfrist verlängert und langfristige Aktien-

sparer ungeschoren gelassen. Aber es geht Euch nicht um die Spekulanten, Ihr wollt die Aktionäre bekämpfen. Weil der Aktionär für Euch ein Böser ist, über den Politiker und Zeitungen Schimpf und Schande ausgiessen dürfen.

Wenn Ihr Euch so sicher seid, dass die Privataktionäre langfristig saftige Gewinne machen, warum traut Ihr Euch dann nicht, ihnen die Vortragsfähigkeit oder Ausgleichsfähigkeit der Verluste mit anderen Einkunftsarten zuzugestehen? Hmm? Sagt mal ehrlich, dass Ihr sehr genau wisst, dass immer wieder ordentliche Börse-Crashes kommen, die mehr als die vorhergegangenen Gewinne vernichten!

Und, sagt mal, ist die dritte Säule der Pensionsvorsorge, sind die Pensionskassen, die in Aktien anlegen, für Euch auch die Bösen? Mit welchen Experten habt Ihr geredet, als Ihr diese „Vermögenszuwachssteuer“ (die praktisch nur Aktien betreffen soll, alles andere wolt Ihr ja ausnehmen) ohne Vortrags- und Ausgleichsfähigkeit von Verlusten konstruiert habt? Ihr habt Otto Normalinvestor nicht zu Rate gezogen, der mehr als 20 Jahre am Markt ist und Euch sehr viel erzählen könnte ...

„Otto Normalinvestor“ ist das Pseudonym eines BE-Lesers (Name der Redaktion bekannt) und BElogger auf www.be24.at